



Nach dem Krieg in Mali

Den Frieden gewinnen

ANNETTE LOHMANN

März 2013

- Am 7. Januar nahmen die Rebellen im Norden Malis den Kampf gegen die malische Armee wieder auf. Was anfänglich wie eine gezielte Provokation aussah, um ihren Forderungen bei der nächsten Verhandlungsrunde Nachdruck zu verleihen, eskalierte: Die Rebellen drohten die Demarkationslinie Richtung Süden zu überschreiten. Frankreich reagierte schnell und verlegte Truppen in das Kampfgebiet. Nachdem zunächst lediglich die Rebellen aufgehalten werden sollten, änderte Frankreich bald seine Strategie und ging in die militärische Offensive.
- Die Regionalorganisation ECOWAS beschleunigte die Entsendung von Truppen aus verschiedenen Ländern Westafrikas. Andere Länder wie auch Deutschland beteiligen sich in unterschiedlicher Weise, z.B. durch logistische Unterstützung, an dem Einsatz.
- Die militärische Rückeroberung der größeren Städte im Norden ist jedoch nur der erste Schritt in Richtung einer dauerhaften Stabilisierung des Nordens und damit Gesamtmalis.
- Daran anschließen muss sich ein politischer Prozess, der umfassende und inklusive politische, wirtschaftliche und soziale Entwicklungsperspektiven schafft. Hierbei handelt es sich um eine Aufgabe, die weit über eventuelle Verhandlungen hinausgeht.
- Eine sorgfältige Vorbereitung der Wahlen ist vor dem Hintergrund der instabilen politischen Lage unerlässlich, andernfalls sind eine Anfechtung des Wahlergebnisses und eine weitere innenpolitische Krise wahrscheinlich.
- Alle langfristigen Strategien zur Stabilisierung Malis werden nur erfolgreich sein, wenn auch der Süden einbezogen wird, malische Akteure entscheiden und internationale Unterstützung gewährt wird.

Am 7. Januar nahmen die Rebellen im Norden Malis den Kampf gegen die malische Armee wieder auf. Was anfänglich wie eine gezielte Provokation aussah, um ihren Forderungen bei der nächsten Verhandlungsrunde Nachdruck zu verleihen, eskalierte: Die Rebellen drohten die Demarkationslinie Richtung Süden zu überschreiten. Ob sie dabei wirklich Bamako als Ziel hatten, bleibt fraglich. Wahrscheinlicher ist, dass sie den strategisch wichtigen Regionalflughafen von Sévaré unter ihre Kontrolle bringen oder zumindest sabotieren wollten. Frankreich reagierte schnell und verlegte – noch vor der offiziellen Anfrage des malischen Präsidenten – in der Region stationierte Elitetruppen in das Kampfgebiet. Nachdem Frankreich zunächst lediglich ein weiteres Vordringen der Rebellen stoppen wollte, änderte Hollande bald die Strategie und ging in die militärische Offensive. Die Grundlage bildete die UN Resolution 2085.

Die Regionalorganisation ECOWAS beschleunigte die Entsendung von Truppen aus verschiedenen Ländern Westafrikas. Andere Länder, darunter auch Deutschland, beteiligen sich in unterschiedlicher Weise, z.B. durch logistische Unterstützung. Die ursprüngliche Strategie, auf Verhandlungen mit denjenigen Rebellen zu setzen, die sich von den terroristischen Akteuren lossagen, und gegen die anderen eine militärische Operation vorzubereiten, bei der die malische Armee sowie die Truppen der ECOWAS im »driver's seat« sind und lediglich finanzielle und logistische Hilfe vom Westen erhalten, wurde somit innerhalb kürzester Zeit hinfällig.

Durch das entschlossene Eingreifen Frankreichs konnte sowohl ein Ausbreiten der Rebellen nach Süden als auch eine Verfestigung ihrer Position im Norden – das Risiko der ursprünglichen Strategie der internationalen Gemeinschaft, die als Termin Herbst 2013 anvisiert hatte – verhindert werden. Gesicherte, unabhängige Berichte über das Vorgehen, Tote und Verletzte liegen nicht vor.

Die Rückeroberung der Städte im Norden Malis ging vermutlich sehr viel schneller, als wenn die malischen bzw. afrikanischen Truppen alleine agiert hätten. Zudem wurde an die islamistischen bzw. terroristischen Akteure ein klares Signal gesendet, dass die internationale Gemeinschaft ihre Ausbreitung nicht toleriert. Die militärische Rückeroberung der Städte im Norden ist jedoch nur der erste Schritt in Richtung einer dauerhaften Stabilisierung des Nordens und damit Gesamtmali. Auch muss der

Norden über die drei Städte Timbuktu, Gao und Kidal hinaus langfristig gesichert werden. Eine Aufgabe, die die malische Armee mit Unterstützung afrikanischer Truppen übernehmen könnte – möglicherweise im Rahmen einer UN-Friedensmission, wie sie von Frankreich und den USA gefordert wird.

Daran anschließen muss sich ein politischer Prozess, der umfassende und inklusive politische, wirtschaftliche und soziale Entwicklungsperspektiven schafft – sowohl im Norden als auch im Süden Malis. Zugeständnisse bei früheren Rebellionen und Entwicklungsprogramme, die nur auf den Norden fokussierten, haben nicht den erhofften Aufschwung gebracht. Sie haben zudem die Spaltung und Ressentiments zwischen Nord- und Südmali verfestigt. Dies geht weit über eventuelle Verhandlungen mit den Tuareg Rebellengruppen hinaus.

Die politische Option, beispielsweise mit einem Referendum über den künftigen Status (Autonomie) des Nordens abstimmen zu lassen, ist zum gegenwärtigen Zeitpunkt sowohl in der politischen Elite als auch in der malischen Bevölkerung nicht mehrheitsfähig.

Der Putsch als Auslöser der Krise im Norden

Der Putsch eines Teils des malischen Militärs gegen den demokratisch gewählten Präsidenten Amadou Toumani Touré (ATT) im März 2012 führte zu einem Zusammenbruch der Kommandostruktur des Militärs. Dies begünstigte die schnellen militärischen Erfolge der Rebellen, in deren Verlauf es zu schweren Menschenrechtsverletzungen kam. Zudem desertierten viele Soldaten bzw. schlossen sich den Rebellen an. So konnten diese Ende März 2012 innerhalb nur weniger Tage alle größeren Städte im Norden ohne Widerstand der malischen Armee erobern.

Die Ankündigung des Anführers der Putschisten, Hauptmann Amadou Sanogo, den Norden schnell zurückzuerobern, erwies sich als leere Versprechung. Als Teile des malischen Militärs im Zuge der französischen Intervention mit in den Norden vorrückten, absolvierte Sanogo einen Besuch bei verwundeten Soldaten, der jedoch von der Bevölkerung sofort als reine PR entlarvt wurde. Abgesehen von dieser Visite bewegten sich die Putschisten nicht aus der Kaserne in Kati, 15 Kilometer von Bamako entfernt, hinaus. Aufgrund der überwältigenden Befür-

wortung der französischen Intervention in Politik und Gesellschaft blieb Sanogo, der sich immer gegen die Präsenz ausländischer Truppen in Mali ausgesprochen hatte, nichts anderes übrig, als sich den Dankesreden anzuschließen.

Die Rebellion, die keine war

Mit der Ausrufung des unabhängigen »Staat Azawad« durch die MNLA (*Mouvement National de Libération de l'Azawad*), einer säkularen Tuareg-Gruppe, Anfang April 2012 erfolgte die de facto-Teilung Malis, auch wenn die MNLA mittlerweile ihre Forderung auf »Selbstbestimmung« heruntergeschraubt hat. Die islamistische malische Tuareg-Gruppe Ansar Dine (*Verteidiger des Glaubens*) kämpfte zunächst gemeinsam mit der MNLA, nach einem gescheiterten Fusionsversuch erfolgte jedoch die Distanzierung, und schließlich übernahm Ansar Dine mithilfe der terroristischen Gruppierungen AQMI (*Al Qaida au Maghreb Islamique*) und Mujao (*Mouvement pour l'unicité et le jihad en Afrique de l'Ouest*) bis Anfang 2013 die Kontrolle im Norden. Ihr offizielles Ziel ist die Einführung der Scharia. Entgegen ihrer Absichtserklärung zur Einstellung der Kampfhandlungen von November 2012, verkündete Ansar Dine Anfang Januar 2013 eine Wiederaufnahme der Kämpfe und machte sich die Forderung der MNLA nach einem autonomen »Azawad« zu eigen, nachdem sie sich bislang für die Einheit des Landes ausgesprochen hatte. Zudem fordert Ansar Dine die Aufgabe der laizistischen Ausrichtung des malischen Staates. Im Zuge der französischen Intervention brach Ansar Dine auseinander, wichtige Führer sowie ein großer Teil der Mitglieder verließen die Organisation und gründeten die Abspaltung MIA (*Mouvement islamique de l'Azawad*), die ebenfalls Autonomie fordert, dem Terror aber eine Absage erteilte. Dieser Rhetorik sind bislang jedoch noch keine Taten gefolgt, und es bleibt abzuwarten, ob das nicht ein rein taktisches Manöver ist, um Zeit zu gewinnen. Letztlich handelt es sich bei MIA um Ansar Dine in »neuen Gewändern«, also fast dieselbe Organisation nur ohne ihren Anführer ag Ghaly.

Im Gegensatz zu den vergangenen Tuareg-Aufständen, vor allem der Rebellion der 90er Jahre, handelt es sich bei der aktuellen Krise weniger um eine Rebellion mit dem Ziel, auf die politischen und wirtschaftlichen Missstände im Norden aufmerksam zu machen. Zwar ist der Norden

Malis weiterhin deutlich unterentwickelter als der Süden, aber die gestürzte malische Regierung hatte durchaus Anstrengungen zu seiner Entwicklung unternommen. Tatsächlich geht es um etwas anderes: Der Norden Malis hat sich in den letzten Jahren zunehmend zu einem lukrativen Gebiet für organisierte Kriminalität und vor allem den Drogenschmuggel und Menschenhandel entwickelt. Viele Akteure sind daran interessiert, dass der Norden Malis weiterhin einer staatlichen Kontrolle entzogen bleibt, darunter sowohl AQMI, Mujao als auch Ansar Dine bzw. MIA und die MNLA. Hinzu kommen diverse Rohstoffvorkommen, die im Norden vermutet werden (für die Förderung von Erdöl existieren bereits Verträge mit internationalen Unternehmen). Die vermeintliche Rebellion ist daher vielmehr ein Machtkampf, in dem es sowohl um die Kontrolle über ein wirtschaftlich lukratives Gebiet geht als auch um die Vorherrschaft zwischen den verschiedenen Tuareg-Klans, die in stark hierarchisierten Beziehungen zueinander stehen. Die Mehrheit der Bevölkerung, auch die Tuareg im Norden Malis, lehnen die Forderungen der Rebellen ab. Anders als in den vorangegangenen Jahrzehnten können sich die Rebellengruppen nicht auf eine breite gesellschaftliche Unterstützung berufen und sind keine glaubwürdigen Repräsentanten »der Tuareg«.

Schwere Menschenrechtsverletzungen und eine anhaltende Flüchtlingswelle

Seit dem Frühjahr 2012 wurden schwere Menschenrechtsverletzungen vor allem gegen Frauen und Mädchen durch die Rebellengruppen verübt. Sie leiden sowohl unter der sexuellen Gewalt, die in erster Linie von Angehörigen der MNLA verübt wurde, als auch unter der rigorosen Durchsetzung der Scharia durch die Islamisten. Dennoch leisten insbesondere Frauen gemeinsam mit Jugendlichen den meisten lokalen Widerstand. Fatou Bensouda, Chefanklägerin des Internationalen Strafgerichtshofs, bezeichnete die verübten Menschenrechtsverletzungen als Kriegsverbrechen, die in die Zuständigkeit des Strafgerichtshofs fallen könnten. Zudem gibt es ernst zu nehmende Berichte über die Rekrutierung von Kindersoldaten. Große Sorge bereiten auch Berichte über rassistisch motivierte Übergriffe und schwere Menschenrechtsverletzungen durch Angehörige des malischen Militärs im Zuge des Vorrückens in den Norden seit Januar 2013.

Laut UNHCR waren bis Ende 2012 mindestens 440.000 Menschen auf der Flucht bzw. intern vertrieben. Etwa die Hälfte von ihnen ist in die Nachbarstaaten geflohen, die anderen sind überwiegend bei Familien im Süden Malis untergekommen. Mit dem Ausbruch der Kämpfe im Januar nehmen die Zahlen weiter zu. OCHA geht (Stand Mitte Februar 2013) von 14.000 zusätzlichen intern vertriebenen Personen und über 21.000 neuen Flüchtlingen, die sich in den Nachbarländern aufhalten, aus. Bemerkenswert ist, dass es so gut wie keine Flüchtlingslager in Mali gibt und gerade auch in der Hauptstadt Bamako – einem Anziehungspunkt – die Flüchtlinge nicht sichtbar sind. Fast alle sind bei Familien und Freunden untergekommen, die klassischen sozialen Netzwerke funktionieren. Jedoch belastet diese Situation die Vertriebenen und die Familien, die sie aufnehmen, wirtschaftlich stark.

Ziemlich beste Freunde? – Ein neues Kapitel in den französisch-malischen Beziehungen

Die französische Intervention drehte innerhalb kürzester Zeit die öffentliche Meinung in Mali zu Frankreich: Während bis dahin immer wieder frankreichkritische Töne bis hin zu wildesten Verschwörungstheorien über die Rolle Frankreichs im Konflikt geäußert worden waren, wurden Frankreich und der französische Präsident François Hollande nun zu Rettern Malis erklärt. Den Höhepunkt erreichten die Begeisterungstürme bei dem Besuch Hollandes in Timbuktu und Bamako am 2. Februar 2013. Auch der malische Interimspräsident Dioncounda Traoré konnte hiervon profitieren und seine bislang schwache Position in der malischen Innenpolitik stärken. Staatspräsident Hollande kündigte während seines Besuchs die Fortsetzung der französischen Intervention und die Unterstützung Malis bis zur vollständigen Rückerlangung der Souveränität an. Voraussichtlich ab April wird Frankreich mit dem Abzug seiner Truppen beginnen. Es ist aber davon auszugehen, dass Frankreich sich verstärkt (entwicklungs-)politisch engagieren wird.

Zwischenzeitlich drohte die »Befreiung« von Kidal, der letzten großen Stadt im Norden, zu einem Rückschlag in den Beziehungen zu werden: Ende Januar 2013 nahmen französische Truppen diese letzte Hochburg der islamistischen Tuareg ein, überraschenderweise ohne auf Widerstand zu stoßen. Viele Tuareg hatten die Stadt vor der Ankunft der Franzosen bereits verlassen, andere waren

zur MNLA übergelaufen. Die Grenzen zwischen MNLA, Ansar Dine und der jüngsten Abspaltung von Ansar Dine, MIA, sind fließend, Führer und Kämpfer verhalten sich opportunistisch. Die Franzosen hatten die malische Regierung und das Militär zunächst im Unklaren über ihren Vorstoß gelassen; wahrscheinlich gab es eine politische Übereinkunft mit den sich in Kidal aufhaltenden Rebellen der MNLA bzw. MIA. Diese hatten gefordert, dass die malische Armee nicht nach Kidal kommt, da Übergriffe gegen Tuareg befürchtet wurden. Im Gegenzug ergaben sich die Rebellen ohne Widerstand. Frankreich wollte sowohl eine Schlacht um Kidal vermeiden als auch das Leben von Geiseln, die in der Region Kidal vermutet werden, schützen. In diesem Zusammenhang wurde erstmals von malischer Seite deutliche Kritik an dem Eingreifen Frankreichs geäußert. Der Aufruf Frankreichs, mit der MNLA zu verhandeln, wird darüber hinaus auch sehr kritisch bewertet. Da Frankreich seit Längerem gute Beziehungen zur MNLA unterhält, besteht der Vorwurf, Frankreich unterstütze die MNLA, damit diese wiederum gegen die terroristischen Gruppierungen vorgehen könne.

Von potenziellen Gewinnern und Verlierern

Weder die MNLA noch Ansar Dine oder deren Abspaltung MIA werden von der Mehrzahl der malischen Akteure als glaubwürdige Verhandlungspartner betrachtet, sondern aufgrund ihrer radikalen Minderheitenpositionen sowie der gerade von der MNLA im letzten Frühjahr verübten Menschenrechtsverletzungen als »Banditen« erachtet, die das ganze Land erpressen und internationale Beobachter mit einer professionellen PR-Kampagne täuschen. Ein Interview mit dem Interimspräsidenten Traoré Ende Januar, in dem er zwar Ansar Dine als Verhandlungspartner ausschloss, Gespräche mit der MNLA hingegen befürwortete, sorgte für großes Aufsehen und ließ die Stimmung insbesondere im Norden hochkochen. Das »alte« Ansar Dine und vor allem ihr Führer ag Ghaly zählen zu den Verlierern des Konflikts. Ag Ghaly hatte sich lange Zeit berechtigte Hoffnungen gemacht als Schlüsselfigur des Konflikts auch internationale Unterstützung zu erhalten. Mittlerweile ist sein Haus in Kidal zerbombt und er selbst auf der Flucht. Wer als Gewinner vom Platz gehen könnte, ist noch nicht entschieden, jedoch zeichnet sich ab, dass gerade die MNLA, die aufgrund ihrer militärischen Schwäche und Irrelevanz in den letzten Monaten deutlich an Boden verloren hatte, sich wieder

Hoffnungen machen kann, von internationaler Seite (insbesondere Frankreich) sowie der malischen Regierung (Interimspräsident Traoré) als Verhandlungspartner ernst genommen zu werden. Die malischen Vorbedingungen für Verhandlungen sind die Anerkennung der Einheit und der laizistischen Ausrichtung des Landes sowie ein Niederlegen der Waffen. Gerade den letzten Punkt lehnt die MNLA zum gegenwärtigen Zeitpunkt ab.

Die regionale Dimension der »malischen Krise«

Die Konflikte und ihre Akteure, die zu einer Eskalation der Ereignisse im Norden Malis geführt haben, sind bereits seit Längerem für eine kontinuierliche Destabilisierung nicht nur Malis, sondern auch der angrenzenden Staaten der Zentralsahara verantwortlich. Es handelt sich folglich nicht um ein auf Mali begrenztes Problem. Auch die Nachbarstaaten haben sich in der Vergangenheit mehr oder weniger entschlossen in der regionalen Sicherheitskooperation gezeigt und vertreten dabei nicht immer einheitliche Positionen. Algerien stand einer militärischen Intervention lange kritisch gegenüber, hat aber ein Interesse, gegen die terroristischen Akteure AQMI und Mujao vorzugehen. Zu den Tuareg, insbesondere Ansar Dine, besteht eine große Nähe, die sich in der Bevorzugung einer Verhandlungslösung ausdrückte. Falls die MIA gegen die terroristischen Akteure kämpft, sei Algerien bereit diese neue Gruppe, die aus Ansar Dine hervorgegangen ist, zu unterstützen. Algerien lehnt eine Spaltung Malis klar ab. Burkina Faso steht der Algeriens Position nah und befürwortet ebenfalls Verhandlungen mit den Rebellen. Mauretanien wird vor allem seitens Frankreichs unter Druck gesetzt, sich an dem Krieg in Mali zu beteiligen. Niger hingegen sieht die Rolle der Rebellen sehr kritisch. So bezeichnete der nigrische Präsident Issoufou die MNLA nicht als Lösung, sondern als Teil des Problems. Die Elfenbeinküste, der Senegal und Guinea unterstützen die internationale Gemeinschaft in ihrem Vorgehen in Mali politisch sowie (begrenzt) militärisch.

Den richtigen Wahltermin finden – gründliche Vorbereitung essenziell

Die für April bzw. Juni 2012 angesetzten Präsidentschafts- und Parlamentswahlen wurden aufgrund des Putsches

verschoben. Die Übergangszeit endet offiziell im April 2013. Mit dem Ende Januar vorgelegten Fahrplan durch die malische Übergangsregierung soll nun der ins Stocken geratene innenpolitische Prozess – und hierbei vor allem die Wahlen – vorangebracht werden. Als Wahltermine wurden zunächst der 7. Juli für den ersten Wahlgang für die Wahl des Präsidenten angesetzt und der 21. Juli für den vermutlich erforderlichen zweiten Wahlgang sowie die Parlamentswahlen. Nach Kritik an einem möglicherweise verfrühten Wahltermin schränkte der zuständige Minister ein, dass der Termin abhängig vom weiteren Verlauf der militärischen Intervention noch geändert werden könne.

Inzwischen gibt es eine deutliche Tendenz die Ergebnisse der Volkszählung von 2011 (RAVEC) als Grundlage für ein komplett neues, biometrisches Wählerverzeichnis zu nehmen. Dies wird mindestens sechs Monate Vorbereitungszeit in Anspruch nehmen und deutlich teurer werden als bislang veranschlagt. Auch über die Zusammensetzung der Wahlkommission muss entschieden werden. Diese wurde vor dem Putsch 2012 in Leben gerufen und viele erachten sie als nicht mehr repräsentativ. Schließlich muss sichergestellt werden, dass die Flüchtlinge bzw. intern Vertriebenen von dem überarbeiteten Wählerverzeichnis erfasst werden und im Norden die Voraussetzungen für die Durchführung von Wahlen gegeben sind. Die sorgfältige Vorbereitung der Wahlen ist vor dem Hintergrund der instabilen politischen Lage unerlässlich, andernfalls sind eine Anfechtung des Wahlergebnisses und eine weitere innenpolitische Krise wahrscheinlich.

Alte und neue Kandidaten für das Amt des Präsidenten

Die Mitglieder der Übergangsregierung dürfen nicht bei den Wahlen antreten, somit kann auch Interimspräsident Traoré, ehemaliger Vorsitzender der größten Partei ADEMA, der noch vor dem Putsch 2012 zum engeren Favoritenkreis zählte, nicht kandidieren. In der Bevölkerung herrscht seit dem Putsch eine große Ablehnung des Establishments, der politisches Versagen, Korruption und Vernetzung vorgeworfen werden. Der Wunsch nach (personeller) Erneuerung ist groß, jedoch ist es unrealistisch zu erwarten, dass eine politische Klasse über Nacht ausgewechselt werden könnte. Insofern stellen die möglichen Kandidaten für das Amt des Präsidenten eine Mischung aus älteren Favoriten und neuen Bewerbern dar.

Viele sind zwar keine Unbekannten auf der politischen Bühne, jedoch haben sie nun eher eine Chance. Der offensichtlichste Kandidat ist Ibrahim Boubacar Keita (IBK), ehemaliger Premierminister und Vorsitzender der Partei RPM. Er trat bereits bei den Präsidentschaftswahlen 2002 und 2007 an und galt als einer der Favoriten für die Wahl 2012. IBK genießt die Unterstützung der Polizei und des Militärs, und viele BürgerInnen erinnern sich an sein konsequentes Vorgehen als Premierminister in verschiedenen Konflikten. Hinzu kommt, dass er enge Verbindungen zum Hohen Islamischen Rat unterhält; sollte dieser eine Wahlempfehlung aussprechen, wäre IBK eindeutiger Favorit. Er hat bereits seit Längerem eine Koalition zu seiner Unterstützung geschmiedet.

Ebenfalls ein »alter« Favorit ist Soumaila Cissé, ehemaliger UEMOA-Kommissionspräsident und Vorsitzender der zweitstärksten Partei URD. Der dritte Kandidat in dieser Riege ist der parteilose ehemalige Premierminister Modibo Sidibé. Gegenwärtig bereitet er die Gründung einer eigenen Partei vor.

Bei den neuen Bewerbern könnte Moussa Mara, Präsident der erst 2011 gegründeten Partei Yèlèma (Der Wechsel) gute Chancen haben. Die Partei Yèlèma zeichnet sich vor allem durch ihre junge Mitgliederstruktur aus. Sie will die Korruption bekämpfen und soziale Gerechtigkeit und Chancengleichheit erhöhen. Des Weiteren ist die Kandidatur von Ousseini Amion Guindo, dem Vorsitzenden der Partei CODEM, die sich ebenfalls durch eine junge Mitgliederstruktur auszeichnet und ähnliche Positionen wie Yèlèma vertritt, vorstellbar. Darüber hinaus sind weitere Kandidaturen zu erwarten. Es wird nicht damit gerechnet, dass eine Frau zu den Präsidentschaftswahlen antritt. Möglich sind auch Wahlbündnisse zwischen den Parteien im Vorfeld, dem steht jedoch die übliche schwierige Einigung auf einen Kandidaten entgegen. Für die Wahlberechtigten werden am ehesten die Persönlichkeit der Kandidaten und mögliche Allianzen zwischen den Parteien eine Rolle spielen; es ist nicht davon auszugehen, dass Wahlprogramme die Wahl entscheiden werden.

Langfristige Perspektiven zur Stabilisierung Malis erforderlich

Neben der notwendigen Unterstützung der militärischen Intervention, der erforderlichen Ausbildung der

malischen Armee wie von der Europäischen Union vorgesehen sowie humanitärer Hilfe muss jetzt eine Diskussion über die mittel- und langfristigen politischen Ansätze zur Stabilisierung Malis geführt werden. Diese wird nur erfolgreich sein können, wenn auch der Süden einbezogen wird, malische Akteure entscheiden und internationale Unterstützung erhalten.

Einen inklusiven Dialogansatz fördern

Es müssen politische, wirtschaftliche und soziale Entwicklungsperspektiven geschaffen werden, um eine nachhaltige Stabilisierung des Nordens und damit ganz Malis zu erzielen. Dazu gehört auch, den seit Jahren laufenden Prozess der Dezentralisierung stärker zu forcieren und die dafür erforderlichen Mittel bereitzustellen. Dies wird aber nur unter Einbezug von Vertretern aller im Norden lebenden Bevölkerungsgruppen langfristig tragfähig sein. Weder die Forderungen der MNLA nach Selbstbestimmung noch die Einführung der Scharia finden bei der Bevölkerung – im Süden wie im Norden – Unterstützung. Auch die neu gegründete bzw. sich von Ansar Dine abgespaltene MIA, die dem Terror absagt, wird von der Bevölkerung wie den politischen Akteuren mit Skepsis beobachtet. Ein politischer Dialog darf keinesfalls exklusiv mit den Konfliktakteuren geführt werden, da diese radikale Minderheiten innerhalb der Tuareg darstellen und selbst von den Tuareg keine breite politische Unterstützung erhalten. Bei den vorangegangenen Tuareg-Rebellionen wurde bereits mehrfach der Fehler gemacht, andere ethnische Gruppen, die gemeinsam die Mehrheit im Norden stellen, nicht einzubeziehen bzw. verschiedene Tuareg-Klans gegeneinander auszuspielen. Dies verschärft inter- und inner-ethnische Konfliktlinien. Für tragfähige und nachhaltige politische Lösungen ist der Einbezug von Vertretern gemäßigter Tuareg sowie anderer Volksgruppen essenziell. Die Krise bietet damit auch eine Chance, diesmal mit einem umfassenden und inklusiven Ansatz nachhaltige Friedensperspektiven zu schaffen.

Menschenrechtsverletzungen aufarbeiten und vorbeugen

Im Zuge der aktuellen Krise ist zu es Übergriffen und schweren Menschenrechtsverletzungen sowohl durch

die verschiedenen Rebellengruppen als auch durch Angehörige des malischen Militärs gekommen. Hinzu kommt, dass die Menschenrechtsverletzungen, die während früherer Rebellionen erfolgten, nie aufgearbeitet wurden. Sowohl die aktuellen wie auch die älteren Menschenrechtsverletzungen müssen in einem Versöhnungsprozess aufgearbeitet und juristisch verfolgt werden, um deutlich zu machen, dass es auf beiden Seiten keine Straflosigkeit (mehr) gibt.

Mit dem Vorrücken der malischen Truppen nehmen die Berichte über Menschenrechtsverletzungen (wie z.B. Hinrichtungen oder sexuelle Gewalt), verübt durch Angehörige der Armee an Tuareg, Arabern und Mauren, zu. Im Zuge einer dauerhaft verstärkten militärischen Präsenz im Norden ist zu befürchten, dass »alte Rechnungen« beglichen werden und rassistische Übergriffe gegen die Zivilbevölkerung zunehmen. Diese Entwicklung könnte im schlimmsten Fall zu bürgerkriegsähnlichen Zuständen führen (auch aufgrund diverser Milizen, die bereits entsprechende Verlautbarungen erlassen haben) und den Norden sowie Gesamtmali auch nach einer erfolgreichen Rückeroberung massiv destabilisieren. Hier könnte zum einen durch entsprechende Trainings des malischen Militärs (idealerweise zusammen mit den Truppen der ECOWAS) Aufklärung und Prävention erfolgen. Zum anderen gilt es, malische Menschenrechtsgruppen zu stärken. Ergebnisse müssen national wie international publiziert werden, um einen hohen Druck aufzubauen und deutlich zu machen, dass die internationale Gemeinschaft nicht wegschauen wird.

Rechtsstaatlichkeit schaffen

Zur Ahndung von Menschenrechtsverletzungen sowie anderer Straftaten ist eine funktionierende Rechtsstaatlichkeit unabdingbar. Während diese im Süden Malis mehr oder weniger etabliert ist, war die staatliche Präsenz im Norden bereits vor dem Putsch 2012 völlig unzureichend. So existierten nur in den größeren Städten Polizeistationen und Gefängnisse. Nach dem Putsch und der Übernahme des Nordens durch die Rebellen haben fast alle Sicherheitskräfte das Gebiet verlassen. Der Aufbau einer funktionierenden Rechtsstaatlichkeit im Norden Malis ist nun mehr denn je eine dringliche Aufgabe, damit Sicherheit, Stabilität und Gerechtigkeit dauerhaft gewährleistet werden.

Den Wahlprozess unterstützen

Innenpolitische Priorität Malis ist die Rückkehr zur verfassungsmäßigen Ordnung mithilfe von demokratischen Wahlen für das Amt des Präsidenten sowie das Parlament. Diese sind wichtig für die erhoffte politische Stabilisierung, aber auch um die internationale Unterstützung, die seitens vieler Ländern nach dem Putsch ausgesetzt wurde und die nach der Verabschiedung des »Fahrplans« graduell wieder aufgenommen wird, ohne Einschränkungen zu erhalten. Entscheidend für demokratische Wahlen, deren Ergebnis möglichst breit anerkannt wird, ist eine sorgfältige Vorbereitung. Dies muss Priorität vor einem möglicherweise zu früh angesetzten Wahltermin haben. Hierbei kann die internationale Gemeinschaft Mali in vielfacher Weise unterstützen. Offensichtlich ist dies bei der Vorbereitung der Wahlen sowie der Finanzierung des neuen Wählerverzeichnisses. Darüber hinaus können Kampagnen zur Sensibilisierung der Bevölkerung unterstützt werden, um die Wahlbeteiligung zu fördern. Schließlich muss ein klares Signal an die Putschisten gesendet werden, dass ihre Zeit der direkten und indirekten politischen Involvierung vorbei ist.

Die malische und regionale Sicherheitsarchitektur weiterentwickeln

Die malische Krise macht die Notwendigkeit einer Reform bzw. Weiterentwicklung der malischen wie auch der regionalen Sicherheitsarchitektur deutlich. Die »malische Krise« war von Beginn an eine regionale, mit einem schwachen Mali als offensichtlichem Rückzugsraum. Seit Jahren existieren bereits regionale Kooperationsansätze zwischen Nord- und Westafrika bezüglich des Terrorismus-Problems sowie eine regionale Sicherheitsarchitektur der Regionalorganisation ECOWAS. Beides ist bislang auf dem Papier stark und in der Umsetzung schwach. Die malische Sicherheitsarchitektur muss für weitere politische Akteure geöffnet werden. Dies setzt eine funktionierende Legislative, Judikative, Medien und Zivilgesellschaft voraus. Die demokratische Kontrolle des Sicherheitssektors muss weiter ausgebaut werden. Erforderlich ist zudem eine Diskussion über die Rolle des Militärs und der Sicherheitskräfte. Im Zentrum muss dabei die Vermittlung demokratischer und rechtsstaatlicher Prinzipien stehen.



Über die Autorin

Annette Lohmann ist die Leiterin der Friedrich-Ebert-Stiftung in Bamako, Mali. Zuvor hat sie im Nahostreferat der FES in Berlin gearbeitet. Von 2005 bis 2007 war sie Vertreterin der FES in der Arbeitsgemeinschaft Frieden und Entwicklung (FriEnt).

Eine gewerbliche Nutzung der von der FES herausgegebenen Medien ist ohne schriftliche Zustimmung durch die FES nicht gestattet.

Impressum

Friedrich-Ebert-Stiftung
Internationale Entwicklungszusammenarbeit | Referat Afrika
Hiroshimastr. 17 | 10785 Berlin | Deutschland

Verantwortlich:
Michèle Auga, Leiterin, Referat Afrika

Tel.: ++49-30-269-35-7446 | Fax: ++49-30-269-35-9217
<http://www.fes.de/afrika>

Bestellungen
Caroline.Lemmer@fes.de

Die in dieser Publikation zum Ausdruck gebrachten Ansichten sind nicht notwendigerweise die der Friedrich-Ebert-Stiftung.

Diese Publikation wird auf Papier aus nachhaltiger Forstwirtschaft gedruckt.



ISBN 978-3-86498-480-8